

SCHÖNE WELT



ZEITUNG DES SOZIALFORUMS BOCHUM – SONDERAUSGABE GLOBAL ACTION DAY

Filmtipp: White Terror

Das Bochumer Sozialforum zeigt im Rahmen des Begleitprogramms zum Zug der Erinnerung den Film »White Terror«. Freitag, 15. Februar 2008 um 20:00 Uhr, Soziales Zentrum, Rottstr. 31.

Filmtipp: Das war der Gipfel

Dokumentarfilm über die Proteste zum G 8-Gipfel in Heiligendamm. Im Anschluss Diskussion mit dem Regisseur Martin Keßler. Dienstag, 12.02.08, 19:30 Uhr, Kino endstation.

Tipp: attac-VHS-Reihe Globalisierung

Gegen den Abbau von globalen sozialen Rechten, um 19:15 Uhr in der VHS: Do, 21.2.08: Migration und Integration als soziale Frage; Do, 13.3.07: Das Öl des 21. Jh.: Monopolrechte; Di, 22.4.07: Das Recht auf Wohnen.



© Frank Rogner

Kanzlerin Merkel phantasiert:

Der Aufschwung kommt an

Sylvesteransprache zum Jahr 2008: Frau Merkel ist schwer begeistert: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an!“ Kein Wort über wachsende Armut und die Ungleichheit zwischen den oberen 10 Prozent und dem Rest.

Auf der einen Seite verbuchte das Kapital und sein Anhang Traumgewinne. „Mit 35,9 Prozent des Volkseinkommens liegen die Gewinne 2007 so hoch wie seit Jahren nicht.“, schreibt die „Financial Times Deutschland“. Dagegen liege die Lohnquote auf einem historischen Tief.

Zum Sparzwang ...

Wenn führende PolitikerInnen vom „Sparzwang“ reden, dann meinen sie nicht ihre Diäten oder etwa die Ausgaben für Rüstung. Gemeint ist: Kürzen und Streichen bei jenen, die wenig haben und sich schlecht wehren können. Aus angeblichem Geldmangel werden Arbeitslose und Noch-Beschäftigte mit den Hartz-Gesetzen schikaniert und die Praxisgebühren sollen von Arztbesuchen abhalten. Die 3-prozentige Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem GeringverdienerInnen.

... und Superreichtum ...

Wenn es wirklich gewollt wäre, könnte sich die „Öffentliche Hand“ dort bedienen, wo Finanzmittel im Überfluss vorhanden sind: Laut Magazin „Forbes“ leben in Deutschland 55 Milliardäre, die zusammen 245 Milliarden US-Dollar besitzen. Das private Geld- und Sachvermögen beläuft sich insgesamt auf zehn

Billionen Euro. Davon existieren allein 5.000 Milliarden Euro in Geldvermögen. Tendenz: schnell wachsend. Währenddessen sind die Reallöhne im selben Zeitraum gesunken. 2/3 der Bevölkerung besitzen kaum oder gar kein Vermögen. Dagegen besitzen allein die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 2/3 des gesamten Vermögens. Und mehr als ein Viertel des Gesamten Vermögens befindet sich in der Hand von 0,5 Prozent der Bevölkerung.

... durch Steuergeschenke

Dafür sorgen zum einen die Gesetze des Kapitalismus. Die Gewinnexplosion ging hauptsächlich auf das eine Prozent der Bevölkerung, die 70 Prozent der

Aktien besitzen. Den Rest besorgte die herrschende Politik mit fast einmaligen Steuergeschenken.

Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind unter der SPD/Grünen-Regierung – zwischen 2000 und 2005 – um 31 Prozent gestiegen; dagegen schrumpften die Steuern auf diese Einkommen um zehn Prozent. Inzwischen tragen die Steuern von Aktiengesellschaften und GmbHs nur 2,4 Prozent zum gesamten deutschen Steueraufkommen bei. In der EU sind es durchschnittlich mit 7,8 % dreimal soviel.

In 2007 sind rund 150 Milliarden Euro vererbt worden. Die gesamte Erbschaftsteuer wird aber kaum 3,9 Mrd. Euro ausmachen. Sehr wenig im Vergleich mit anderen Ländern. In Frankreich z. B. wären 12 Mrd. Euro fällig. Außerdem: eine Vermögenssteuer von 5% – nur auf alle Geldvermögen über eine Mio. Euro – würde jährlich rund 100 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen spülen.

Trotz dieser skandalösen Entwicklung wird es ab 2008 neue Steuersenkungen für Unternehmen geben. Höhe: geschätzte 6 bis 12 Mrd. Euro jährlich.

Eine andere Steuer- und Wirtschaftspolitik – selbst wenn sie die Menschen- und naturfeindliche Gesamtrichtung nicht ändern würde – wäre selbstverständlich möglich. Das zeigt schon die Situation in vielen europäischen Nachbarländern. Sie wird sich allerdings nur erzwingen lassen, wenn die Leidtragenden hierzulande sich massenhaft zur Wehr setzen.

Fakten
Was Merkel in ihrer Sylvesteransprache vergaß:
Fast sieben Millionen Menschen sind „geringfügig beschäftigt“;
300.000 arbeiten als Ein-Euro-JobberInnen,
die Zahl der LeiharbeiterInnen hat sich seit 2003 auf 700.000 verdoppelt,
rund 2,5 Millionen haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag,
1,2 Millionen Beschäftigte sind auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen, jeder Zweite davon arbeitet in Vollzeit,
2,7 Millionen Kinder leben heute in Armut,
durch die Rente mit 67 droht einem Drittel der Beschäftigten zukünftig Altersarmut.

Konzerne sind die wahren Sozialschmarotzer:

Nokia-Schließung

Die angekündigte Schließung und Verlagerung des Bochumer Nokia-Werkes nach Rumänien hat die Menschen hier aufgeschreckt und empört. Solidarität mit den Tausenden Betroffenen wurde auf der großen Demonstration deutlich.

Nach AEG, Samsung oder Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSH) will jetzt erneut ein international agierender Konzern die Billiglöhne, Billigsteuern und weitere EU-Subventionen in Osteuropa ausnutzen, um seine Profite weiter zu steigern. Über 6 Milliarden Euro Konzerngewinn reichen dem Handy-Marktführer nicht. Inzwischen wollen die Anteilseigner 20 Prozent Rendite sehen – und zwar vom Umsatz. Eine Größenordnung, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar schien. Dass dabei das Schicksal der mehr als 4000 Betroffenen und ihrer Familien zunächst mal keine Rolle spielt, entspricht den Grundsätzen dieses Wirtschaftssystems.

Polit-Clownerie

Schwer empört sind jetzt auch die neoliberalen PolitikerInnen von SPD und CDU. Lauthals wird die „Unanständigkeit“ von Nokia angeprangert. Und es werden mehr „ethische Grundsätze“ von den Profithaien verlangt. Doch es sind die gleichen Politiker und Parteien, die den Unterbietungswettlauf bei Löhnen und Steuern in der liberalisierten EU seit Jahren vorangetrieben haben. Sie haben die unbeschränk-

te Standortkonkurrenz per Wahnsinns-Subventionen befördert.

Die Europäische Union – inklusive neuer „Verfassung“ bzw. EU-Vertrag – ist gerade als das entscheidende Instrument ausgestaltet worden, um die je nationalen Standards und Errungenschaften bei Löhnen, Sozialniveaus und Konzernbesteuerung zu knacken. Davon wollen die Verantwortlichen jetzt mit dem Ruf: „Haltet den Dieb“ gerne ablenken.

Die Praxis, dass Millionen-Subventionen aus Steuergeldern kassiert werden und anschließend dichtgemacht wird, besteht seit Jahren. Vor allem die CDU hat durchgesetzt, dass die übliche Bindungsfrist bei Subventionen von 10 Jahren auf 5 Jahre halbiert wurde. Auch bei AEG, Bosch-Siemens etc. wurde die Verlagerung mit Steuermitteln finanziert. Geändert hat sich an dem Verfahren seither nichts.

Solange man im Subventionspoker obsiegt, die eigene „Ansiedlungspolitik“ feiert und mit Hilfe von Armutslöhnen Exportweltmeister bleiben kann – solange ist scheinbar alles in Butter.

Auf jeden Fall scheint nach den Erfahrungen mit BenQ, AEG, BSH etc. klar zu sein, dass weitere Zugeständnisse der Beschäftigten den Standort nicht retten. Auch wenn Rüttgers schon „Kosten wie in Ungarn“ angeboten haben soll.

Der Opel-Streik war ein gutes Beispiel für Kampf, Solidarität und Erfolg – nicht aber die Polit-Clownerien der üblichen verdächtigen PolitikerInnen.

Global Action

„Schöne Welt“, die Zeitung des Bochumer Sozialforums erscheint anlässlich des Global Action Day des Weltsozialforums am 26. Januar 2006. Das Weltsozialforum war ursprünglich eine Gegenveranstaltung zum traditionellen Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos. Bei diesen „Kamingesprächen“ zur Steuerung der Wirtschaftssysteme bleiben die sozialen und ökologischen Interessen der Menschen außen vor. Alternativ dazu entstand das Weltsozialforum, zum Erfahrungs- und Interessensaustausch und der Erprobung neuer Politik- und Entscheidungsformen. Während in den vergangenen Jahren jährlich Weltsozialforen an wechselnden Orten stattfanden, steht in diesem Jahr „Global Action“ auf dem Programm. Denn inzwischen haben sich weltweit viele lokale Initiativen gebildet, in denen Menschen mit dem Interesse „an einer anderen Welt“ zusammen finden. Diese örtlichen Sozialforen gibt es in vielen Städten und Regionen. Hier lernen die Menschen unterschiedliche Positionen und Aktionsformen kennen und ihre Kritik abseits ausgetretener Wege zu formulieren – ein erster Schritt zu einer selbstorganisierten, auf Solidarität begründeten Gesellschaft. Wir würden uns freuen, mit dieser Zeitung Interesse daran zu wecken und laden herzlich zum Plenum des Sozialforums an jedem letzten Montag im Monat im Sozialen Zentrum, Rottstr. 33, ein. Denn wie auch immer sie aussieht, „Eine andere Welt ist möglich!“ (Motto des Weltsozialforums).



Offener Brief an den Präsidenten von Venezuela, Hugo Chavez Kostenlose Heizöl-Lieferungen an Bedürftige in Bochum

Sehr geehrter Herr Präsident Hugo Chavez, wir vom Bochumer Sozialforum haben durch die Medien erfahren, dass der staatliche venezuelanische Ölkonzern Citgo armen Familien in der New Yorker Bronx und in Miami umsonst Heizöl geliefert hat. Insgesamt sollen in diesem Winter rund 170 Mio Liter Heizöl aus Venezuela im Wert von mehr als 100 Mio Dollar sozial schwachen Familien helfen, über die Runden zu kommen.

Diese 200.000 Familien in den USA, die kostenloses Heizöl aus Venezuela gespendet bekamen, waren Ihnen sicherlich dankbar für diese nette Geste. Aber auch in Europa, sogar inmitten von Deutschland, gibt es Arme und Bedürftige. Besonders seit der Agenda 2010

und der Einführung der Hartz Gesetze ist die Armut rasant gewachsen. Immer mehr Menschen sind gezwungen, unterhalb des Existenzminimums zu leben.

Wir schreiben Ihnen diesen Brief aus Bochum, einer Stadt mitten im Ruhgebiet in NRW. Und hier ist die Situation von sogenannten Hartz IV EmpfängerInnen besonders schlecht. Die auch für Miet- und Heizkosten für Erwerbslose zuständige ARGE versucht, vielen Bedarfsgemeinschaften die Heizkosten nicht mehr in voller Höhe auszu zahlen. Nur 44,5 % der bis zum 30. Juni überprüften 1937 Heizkostenabrechnungen werden in voller Höhe von der ARGE Bochum übernommen. 40,3 % erhalten nach Belehrung eine „Gnadenfrist“, 15,4 % wurden so-

fort gekürzt. Das erklärt die ARGE Bochum in einer Stellungnahme im September letzten Jahres. Die Betroffenen sind aber weder an der schlechten Isolierung ihrer Wohnungen Schuld noch können sie den einbehaltenen Rest der real angefallenen Heizkosten aus der eigenen Tasche zahlen. Das gibt der Hartz IV Regelsatz einfach nicht her!

Daher würden wir es sehr begrüßen, wenn Sie – wie vor Weihnachten nach New York – eine Ladung kostenlosen Heizöls für Bedürftige nach Bochum liefern lassen könnten. Das wäre eine noble Geste an die Armen unserer Stadt inmitten eines der reichsten Länder der Welt.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr Bochumer Sozialforum

Bochumer Sozialforum fordert Sozialticket zum Nulltarif

Bochum macht mobil

Eine der gravierendsten Folgen zunehmender Verarmung ist die Hinderung an der gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben – wesentlich dabei ist die Frage der Mobilität

Von ALG II-EmpfängerInnen direkt eingefordert, für alle anderen als Voraussetzung für die Teilnahme am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben muss das Recht auf Mobilität allen hier lebenden Menschen zugestanden werden.

Über 50.000 Menschen leben allein im ARGE-Bezirk Bochum von ALG II oder Sozialgeld und Tausende mehr von ähnlich geringen Einkünften unterhalb der Armutsgrenze. Bei einem Preis von 53,85 € ist für sie selbst eine Monatskarte (Ticket 1000) unbezahlbarer Luxus.

Denn in der seit dem 1.1.2007 gültigen RegelsatzVO für Hartz IV EmpfängerInnen sind lediglich 11,04 Euro monatlich für den öffentlichen Nahverkehr enthalten, 2,99 Euro monatlich für weitere Fahrten, zusammen also 14,03 Euro. Zusätzlich stehen noch 1,68 Euro für das Fahrrad zur Verfügung (Reparatur, Flickzeug etc), macht insgesamt Euro 15,71 für die Mobilität. Das reicht hinten und vorne nicht, um sich einen ganzen Monat angemessen fortzubewegen.

Berlin hat's, Köln hat's, Dortmund hat's und wir wollen es jetzt endlich auch: Das Sozialticket für Bochum.

In Berlin kostet es 33,50 Euro, in Köln 25 Euro und in Dortmund 15 Euro. Wir fordern die Stadt Bochum auf, hier nicht zurück zu stehen, sondern eine Vorreiterrolle zu über-

nehmen und das Sozialticket zum Nulltarif anzubieten. Wir möchten auch nicht nur innerhalb Bochums fahren dürfen, ein übertragbares Ticket 2000 wäre da schon angemessen. Natürlich für Fahrten im gesamten VRR Gebiet, auch in Hinblick auf die ruhrgebietsweiten Veranstaltungen zur Kulturhauptstadt 2010.

Das Bochumer Sozialticket sollte im Monatsabo ohne Einzugsermächtigung angeboten werden – ansonsten würde der Personenkreis ausgeschlossen, der sich kein Girokonto leisten kann oder kein Konto erhält, weil sich Banken trotz Zusicherung nicht an ihre Selbstverpflichtung halten.

Zusätzlich sollten, wie in Köln, vergünstigte Einzel- und Mehrfahrtenkarten für diejenigen angeboten werden, die nur ab und an den ÖPNV nutzen möchten.

Wir brauchen den Bochum-Pass für alle BochumerInnen unterhalb der Armutsgrenze

Wir fordern das Sozialticket nicht nur für EmpfängerInnen von Hartz IV, Sozialgeld, 1-Euro- und MinijobberInnen, KleinstrentnerInnen und AsylbewerberInnen, sondern für alle, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, also bei 938 € netto für die erste Person plus 50% von 938 € für jede weitere erwachsene Person und 30% für jedes Kind im Haushalt (diese Beträge entsprechen den offiziellen Armutsgrenzen des 2. Nationalen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, gewichtet nach der neuen OECD -Skala).

Ist das machbar?

Wer ernsthaft über die Kosten eines Sozialtickets diskutieren möchte, muss davon ausgehen, dass dies kein Zuschussangebot sein wird, vielmehr ein Modell gegen die durch ständig steigende Preise zwangsläufig hervorgerufenen rückläufigen Zahlen von AbonentInnen. Die Zahl der armutsbedingten SchwarzfahrerInnen würde schlagartig gesenkt werden,

Auch wenn die Tarife vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) beschlossen werden – das war in der Vergangenheit das Argument der Stadt Bochum, um das Sozialticket abzulehnen – letztendlich entscheiden die politischen Gremien, wie das Beispiel Dortmund deutlich zeigt. Dort wurde das Sozialticket mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linksfraktion im Rat beschlossen und zum 01.02.2008 eingeführt.

Wir fordern den Rat der Stadt Bochum auf: Macht nicht nur jung, macht auch mobil!

Impressum:

Bochumer Sozialforum,
c/o Soziales Zentrum Bochum
44793 Bochum, Rottstraße 31
T. 0234-5472960
sozialforum-bochum@zeromail.org
www.sozialforum-bochum.de

V.i.S.d.P.:
Hans Gabi, Bochumer Sozialforum

Bund stoppt Wohnungs-Privatisierung

Die Bundesregierung hat den Verkauf ihrer 7000 Wohnungen in Berlin gestoppt. Der Deutsche Mieterbund lobt die Entscheidung und sieht darin ein Signal an Länder und Kommunen, keine öffentlichen Wohnungen mehr zu privatisieren. Wegweisend sei sie vor allem für das Land NRW, wo die schwarz-gelbe Regierung den Verkauf von fast 100.000 Wohnungen der LEG eingeleitet hat. Für bemerkenswert hält DMB-Präsident Franz-Georg Rips vor allem die Begründung der Bundesregierung für diesen Schritt: Die Mieteinnahmen seien nicht zu verachten; deshalb sollten die Wohnungen möglichst lange gehalten werden. Das sieht auch Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des DMB-Landesverbands NRW so: „Ich fordere daher die Landesregierung auf, die Entscheidung über den Verkauf der LEG zurückzunehmen und stattdessen ihrer wohnungs- und sozialpolitischen Verantwortung gerecht zu werden“, appellierte er an Jürgen Rüttgers.

Unterdessen hat die halbstädtische Bochumer Wohnungsbau-Gesellschaft VBW im Bieterverfahren um die LEG ihren Hut in den Ring geworfen. Sie wird sich an dem Konsortium kommunaler Wohnungsgesellschaften beteiligen, dass sich zusammen mit Evonik (früher RAG) um die LEG bewirbt. In Bochum gibt es zwar keine LEG-Wohnungen, aber 1.300 der Ruhr-Lippe-AG, einer 50 %igen LEG-Tochter, die auch vom Verkauf betroffen ist.

Aichard Hoffmann vom örtlichen Mieterverein sieht das mit einem lachenden und einem weinenden Auge: „Natürlich würde uns ein Stein vom Herzen fallen, wenn die Ruhr-Lippe-Wohnungen bei der VBW landen. Aber der Kauf kostet natürlich eine Menge Geld, das an anderer Stelle fehlen wird – zum Beispiel bei der Pflege des Bestands. Außerdem bedeutet das mittelfristig die Zerschlagung der LEG – mit allen Nachteilen für die Beschäftigten.“

Wer nicht bloß schimpfen will ...

... kann auch was tun. Wir treffen uns immer am letzten Montag im Monat, 19.00 Uhr im Sozialen Zentrum (SZ), Bochum, Rottstr. 31. Wir informieren uns über Probleme und diskutieren Forderungen und Schritte zur Gegenwehr – und wir versuchen, mehr Leute dafür zu gewinnen. Wir sind in Bochum bisher nur wenige Aktive, in anderen Städten mehr, in Frankreich zum Beispiel noch mehr. Wir gehen davon aus: Alle 4 Jahre eine Partei ankreuzen und dann schimpfen, bringt nichts. Gegen die Angriffe auf unseren Lebensstandard und unsere Zukunft müssen wir unseren Protest sichtbar und spürbar machen. Von nix kommt nix.
Nächstes Treffen: 28.1.; 0234-5472960, www.sozialforum-bochum.de

Das Bochumer Sozialforum

Das Bochumer Sozialforum versteht sich als Teil einer grenzüberschreitenden sozialen Bewegung in Europa und in der Welt. Alle interessierten Menschen sind jederzeit herzlich zur Teilnahme aufge-rufen. Das Forum setzt sich für Soziale Gerechtigkeit, (Basis) Demokratie, Umwelt- und Naturschutz sowie eine solidarische globale Entwicklung ein. Wir widersetzen uns der immer stärker betriebenen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Wir stellen uns unter einem Sozialforum eine Plattform vor, die viele Menschen und außerparlamentarische Initiativen zusammen bringt. Dieses Forum soll eine bessere Möglichkeit zur Kommunikation bieten und einen ständigen Austausch ermöglichen. Wir wünschen uns ein Zusammentreffen verschiedener kritischer Menschen mit unterschiedlichen Positionen, die von der Kritik an einzelnen Missständen bis hin zur Kapitalismuskritik reicht. Indem das Forum eine offene Diskussion über unterschiedliche Positionen und Aktionsformen fördert, stärkt es die Solidarität und den Respekt untereinander, ohne zu vereinheitlichen. Ein hierarchiefreies, gleichberechtigtes Miteinander sehen wir als ersten Schritt in die Richtung einer selbstorganisierten, nicht auf Konkurrenz, sondern auf Solidarität begründeten Gesellschaft.

Eine klare Abgrenzung zu rassistischen, sexistischen, eurozentristischen, nationalistischen und antisemitischen Positionen ist uns sehr wichtig. Wir begreifen dies als Voraussetzung für eine selbstbestimmte Politik, die den Bedürfnissen von Menschen gerecht wird. Ein Sozialforum kann den Protest gegen die herrschende neoliberale Politik durch Vielfalt und Breite sichtbar machen und eine Anlaufstelle für Gruppen und Einzelpersonen bieten. Nicht nur die gesteigerte Präsenz in der Öffentlichkeit, sondern auch das Kennenlernen der verschiedenen Prioritäten und Arbeitsfelder der Gruppen und Initiativen ist uns wichtig. Nach außen können wir durch ein Sozialforum ein breites Feld an politischen Themen abdecken, nach innen bietet es die Möglichkeit, voneinander zu lernen, Positionen zu schärfen und weiterzuentwickeln. Wir schließen uns dem Motto des Weltsozialforums an: Eine andere Welt ist möglich. Grundsätze des Bochumer Sozialforums vom 25.8.03